

## **Erklärung der Teilnehmer der öffentlichen Anhörung zum Beitragsbegrenzungsgesetz vom 27. Juli 2009**

Dass es zu einem solch bedeutsamen Thema, wie die künftige Ausgestaltung der Erhebung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen keine öffentliche Anhörung stattfindet, ist ein Skandal und im Jahr der Demokratie ein Offenbarungseid der CDU, wie sie sich die Politik vorstellt, nämlich ohne politischen Dialog, ohne Bürgerbeteiligung und über die Köpfe der Menschen hinweg. Mit einer solchen Politik muss Schluss sein.

Die CDU hat ihren Regierungsanspruch verloren, wenn sie nicht endlich Politik mit und für die Menschen macht. Hierzu sind öffentliche Diskussion und der Dialog zwischen Politik und den Betroffenen notwendig. Gerade bei den Kommunalabgaben ist dies von Bedeutung, geht es doch hier um das Geld der Bürger und dabei ist es nicht zu viel verlangt, dass die Landesregierung und die Regierungsfraktion mit den Bürgern darüber reden, was mit ihrem Geld geschieht.

Abwasser- und Straßenausbaubeiträge sind nicht mehr zeitgemäß und gehören deshalb abgeschafft. Wenn hier immer wieder verfassungsrechtliche Bedenken vorgetragen werden, ist das wenig überzeugend. Die Verfassung ist schließlich für die Menschen da und muss notfalls geändert werden, wenn einzelne Regelungen nicht mehr den Erfordernissen entsprechen.

Die Vorschläge der LINKEN sind ein geeignetes Diskussionsangebot für die künftigen Kommunalabgabenregelungen. CDU und SPD dürfen sich dieser Diskussion nicht länger verweigern. Mit der jetzigen Gesetzesinitiative will die CDU die bisher gescheiterte Abwasserpolitik fortsetzen und die Kosten hierfür sollen die Bürger tragen. Bereits jetzt sind über 3,5 Mrd. Euro in oftmals umstrittene Abwasseranlagen investiert worden. Weitere 3,5 Mrd. sollen jetzt noch folgen. Hier fordern wir ein Umdenken. Durch eine strikte Orientierung auf dezentrale Anlagen könnten Investitionen in Millionenhöhe gespart und die Bürger somit finanziell entlastet werden. Die verantwortlichen Landes- und Kommunalpolitiker für diese verfehlte Abwasserpolitik müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Straßen gehören zur Daseinsvorsorge und müssen deshalb von den Hauptnutzern steuerfinanziert werden. Durch die Beteiligung der Kommunen am Aufkommen der KFZ- und Mineralölsteuer könnten die Straßenausbaubeiträge künftig wegfallen.

Wir fordern die Landesregierung und die CDU auf, sofort mit den Bürgern öffentlich über die Zukunft der Kommunalabgaben in den Dialog zu treten.

Hierzu fordern wir einen Kommunalabgabenbeirat auf Landesebene, der dem Landtag und der Landesregierung Vorschläge unterbreitet.

**Zur Landtagswahl am 30. August 2009 sind für uns nur die Parteien wählbar, die sich für die Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge und für alternative Finanzierungsmodelle einsetzen. CDU, FDP und SPD haben diesbezüglich noch keine positiven Signale gegeben. Die Bürger warten darauf.**

Im Auftrag der anwesenden Bürger der Thüringer Bürgerinitiativen.

gez. Peter Hammen